



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 25.01.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 10.11.2011, 15:00 Uhr bis 19:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	stellv. für Herrn BM Bartsch bis 18:00 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	bis 18:45 Uhr
Herr Klaus Koke	CDU	stellv. für Frau Welcker
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln bis 17:35 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion	bis 18:25 Uhr
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	

Herr Heribert Resch	CDU	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 18:40 Uhr
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen	ab 15:30 Uhr
Herr Mike Pöhler	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	67 Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Bernd Kiefer	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Roland Krapp	48 Stadtkonservator/in, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege
Frau Karen Künstler-Brandstädter	48 Stadtkonservator/in, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege
Herr Rainer Liebmann	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Anke Ludwig	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat VI - Planen und Bauen
Herr Henning Werker	StEB Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Frau Ulrike Willms	62 Bauverwaltungsamt
Herr Peter Winkels	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt – Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	-------------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Josef Druckenmüller auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Kraus (FDP) auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan KIM
Frau Minu Nikpay KÖBES

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Insbesondere begrüßt sie den Beigeordneten des Dezernates VI – Planen und Bauen, Herrn Streitberger.

Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "zugesezt und zugestellt" bzw. "**Tischvorlage**" zu erkennen seien.

Die Unterlagen seien bis auf eine Tischvorlage im Ausschuss Umwelt und Grün und eine im Betriebsausschuss zugestellt worden.

Die Anfragen zu TOP 3.5 und 3.6 werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 2.2 – Patenschaften über denkmalgeschützte Grabstellen und 3.4 - Private Jüdische Friedhöfe in Köln seien Herr Krapp und Frau Dr. Künstler-Brandstätter vom Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege anwesend, so dass es sich empfehle, die beiden Punkte zusammen zu beraten. Zu TOP 6.8 – Abwassergebührensatzung und 6.11 – Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln komme Herr Werker von den Stadtentwässerungsbetrieben. Zu TOP 9.1 – Toilettenkonzept sei Frau Willms als Vertreterin des Bauverwaltungsamts anwesend. Aufgrund eines wichtigen Termins bitte sie, den TOP an den Anfang der Sitzung zu setzen.

Zu TOP 14.1 des Betriebsausschusses, Benchmarking AWB, werde Herr Dr. Dornbusch von der INFA GmbH einen PowerPoint-Vortrag halten. Dazu sei ein Beschluss notwendig, dass Herr Dr. Dornbusch, der kein Angehöriger der Stadtverwaltung ist, am nichtöffentlichen Teil des Betriebsausschusses teilnehmen kann.

Frau Dr. Müller nimmt zu diesem Punkt die Abstimmung vor:

Beschluss:

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass Herr Dr. Dornbusch am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen kann.

Abstimmung:

Einstimmig zugestimmt.

RM Herr Kienitz meldet für TOP 6.14 und 6.15 Beratungsbedarf der CDU-Fraktion an. Die geschilderten Dringlichkeiten haben die CDU-Fraktion nicht überzeugt. Die Entscheidung zu TOP 6.14 betreffe überwiegend Geschäfte der laufenden Verwaltung und die Stellenzusetzungen seien eher im Rahmen der HPL-Beratungen zu entscheiden. TOP 6.15 könne auch noch in der Dezembersitzung des Rates entschieden werden.

Hinsichtlich des Verfahrens zu TOP 6.5 schlägt er vor, den Punkt mit Wiedervorlage in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und als 2. Durchgang in der Dezembersitzung aufzurufen. Da TOP 6.10 mit dem Klimaschutz zusammenhänge, bittet er, auch diesen TOP in die Ausschusssitzung am 08.12.2011 zurückzustellen. Abschließend schlägt er vor, TOP 5.1 im Betriebsausschuss ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Herr Dr. Welpmann ist namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit der Verweisung und Wiedervorlage von TOP 6.5 einverstanden. Eine Verweisung von TOP 6.10 sei jedoch problematisch, da die Verbraucherzentrale ein frühzeitiges Signal brauche. Er bittet die Verwaltung hierzu um Stellungnahme. TOP 6.14 sei zwar verfristet, es handle sich jedoch um eine Pflichtaufgabe, bei der kein politisches Ermessen möglich und eine Beschlussfassung in diesem Turnus erforderlich sei. Er schlägt vor, diesen TOP ohne Votum in den Rat zu verweisen. Mit einer Vertagung von TOP 6.15 in die nächste Sitzung ist er einverstanden. Zu TOP 6.3 meldet er Beratungsbedarf an.

RM Herr Bacher bemerkt, dass die Verwaltung bei TOP 6.5 hinsichtlich des Beschlusslaufs vom üblichen Verfahren abgewichen sei, den Fachausschuss in einem ersten Durchgang zu befassen. Er stimme für die SPD-Fraktion dem Antrag von Herrn Kienitz zu, diesen TOP zunächst in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und erst in einem 2. Durchgang am 08.12.2011 eine Beschlussempfehlung an den Rat zu geben, um so die Voten der anderen Gremien zu erfahren. Zu TOP 6.10 sei ihm ein Beschluss – Signal an die Verbraucherzentrale wichtig. Eine Beschlussfassung zu TOP 6.15 sei unzumutbar, da keine sachgerechte Beratung möglich gewesen sei. Eine Vertagung in die nächste Ausschusssitzung sei daher angebracht und notwendig.

Beigeordnete Frau Reker begrüßt, dass TOP 6.5 im Ausschuss Umwelt und Grün zweimal behandelt wird. Zu TOP 6.10 äußert sie die Bitte, den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen, um der Verbraucherzentrale Planungssicherheit zu geben. Auch handle sich um einen Baustein des Sofortmaßnahmenprogramms des Klimaschutzkonzeptes. Zu TOP 6.15 macht sie auf die zeitliche Dimension aufmerksam. Sie äußert Verständnis in Anbetracht des Umfangs der Vorlage, die Planung dürfte den Ausschussmitgliedern jedoch bekannt sein. Ihre Intention für die Vorlage sei es, die Politik nicht im Unklaren zu lassen, auch wenn es sich letztendlich um eine Entscheidung der Bezirksregierung handle.

Nach weiteren Diskussionen legt der Ausschuss die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Historischer Tiefstand des Rheins und gleichzeitiger Wasserhöchststand im Höhenfelder See
3888/2011

2.2 Patenschaften über denkmalgeschützte Grabstellen
4006/2011

- 3.4 Jüdische Friedhöfe in Köln
Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion
4002/2011

- 2.3 Bilanzieller Wert von Bäumen
hier: mündliche Anfrage von RM Dr. Welpmann in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 29.09.2011
4082/2011

- 2.4 Bänke und Papierkörbe aus dem Bürgerhaushalt
Anfrage von RM Frau Stahlhofen TOP 4.2 aus der Sitzung vom 29.09.2011
4358/2011

- 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

- 3.1 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
Teilbeantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion, AN/1293/2011
2733/2011

Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
Gesamtbeantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion
2669/2011

- 3.2 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta in Leverkusen
Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Beantwortung der Anfrage
AN/1647/2011

- 3.3 KfW-Förderprogramm zur energieeffizienten Stadtbeleuchtung
Anfrage der FDP-Fraktion
AN/1731/2011

- 3.3.1 KfW-Förderprogramm zu energieeffizienten Stadtbeleuchtung
hier: Beantwortung der Anfrage (AN/1731/2011) der FDP-Fraktion
4368/2011

- 3.4 wird zusammen mit 2.2 beraten

- 3.5 Erstellung eines Grillkonzeptes
Anfrage der Fraktion pro köln
AN/1068/2011

- 3.6 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta
Anfrage der Fraktion pro köln
AN/1913/2011

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Optimierung der Grünpflege
Antrag der CDU-Fraktion
AN/1516/2011

5.2 Strunde wieder für Mülheim zum Erlebnis machen
Antrag der FDP-Fraktion
AN/ 1477/2011

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
1047/2011

6.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung
2703/2011

6.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2044/2011

zurückgestellt in die nächste Sitzung am 08.12.2011

6.4 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
3533/2011

6.5 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012
3272/2011

6.6 Sanierung des Gehölzbestandes im Stadtwald Lindenthal
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts
3883/2011

6.7 Beschaffung von drei Mannschaftstransportern (LKW 7,49 t)
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
3889/2011

6.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3952/2011

- 6.9 Abfallsammlung und -entsorgung auf städtischen Friedhöfen
4256/2011
- 6.10 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale
2661/2011
- 6.11 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
3968/2011
- 6.12 Sanierung Äußerer Grüngürtel - 2. BA Neusser Landstraße / Militärringstraße
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
4020/2011
- 6.13 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c
BauGB
3000/2011
- 6.14 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe
2920/2011
- 6.15 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011
zurückgestellt in die nächste Sitzung am 08.12.2011
- 7 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 7.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Überarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans im Bereich Vogteistraße/Ecke Gereonswall: Mensagebäude
1688/2011
- 8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 9 Mitteilungen**
- 9.1 Toilettenkonzept - Sachstand
3252/2011
- 9.2 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen
2717/2011
- 9.3 Fahrstreifensignalisierungsanlage Dürener Str. 1. und 2. Bauabschnitt
hier: Ergebnis Ortstermin am 09.06.2011 mit Beirat untere Landschaftsbehörde und Ausschuss Umwelt und Grün
3688/2011/1

- 9.4 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft
Passivhaus-Standards Stand Juli 2011
3156/2011
- 9.4.1 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft - Passiv-
Standards
hier: Nachfragen in der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
am 25.08.2011 und im Gesundheitsausschusses am 04.10.2011
4432/2011
- 9.5 Ausstellung "Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stand der Dinge" im
Stadthaus in Köln-Deutz
3219/2011
- 9.6 Sanierung und Verbreiterung des Treppenaufgangs zur Kölner Rheinseilbahn
im Rheinpark
3896/2011
- 9.7 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und
Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 29.09.2011 über den Rest der
vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
4077/2011
- 9.8 Wasserflächen im Kölner Stadtgebiet
4042/2011
- 9.9 Mitteilung zum Sachstand Bürgerantrag "Erstellung eines ganzheitlichen Köl-
ner Umweltbildungskonzeptes"
4393/2011
- 9.10 Landschaftspflegerischer Fachbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungs-
plan Nr. 67511/02 und Vorhaben- und Erschließungsplan Pastor-Wolff-Straße
in Köln-Niehl
4208/2011

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Historischer Tiefstand des Rheins und gleichzeitiger Wasserhöchststand im Höhenfelder See 3888/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Patenschaften über denkmalgeschützte Grabstellen 4006/2011

SE Frau Reiff regt die Denkmalschutzbehörde an, sich bei den Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der Sanierung von Grabmalen auf kleinen Ortsfriedhöfen in Kölner Außenbezirken zu erkundigen. Dort werde sowohl restauriert als auch renoviert, ohne dass auf eine Gegenleistung bestanden werde.

RM Herr Brust möchte wissen, wie sich die Denkmalschutzbehörde in Zukunft die Gewinnung von Patenschaften vorstelle. Er stellt dar, dass mittlerweile kaum noch Patenschaften bestünden und die Grabmale verfielen.

Eine Einstellung finanzieller Mittel in den Haushalt sei keine Lösung, da dann auf der Grabstelle niemand mehr beerdigt werde. Anliegen aller Fraktionen sei es, Bedingungen für Patenschaften zu schaffen, so dass wieder vermehrt Paten gefunden werden.

Herr Krapp entgegnet, in 2011 seien bereits 8 Vereinbarungen über Patenschaften geschlossen worden, weitere 4 Anträge lägen noch vor. Allerdings müsse aus Sicht der Denkmalschutzbehörde die Situation noch weiter optimiert werden.

RM Herr Bacher merkt an, in der Vergangenheit seien Patenschaften in stärkerem Maß abgeschlossen worden. Da die Denkmalschutzbehörde die Grundsätze jedoch derart verschärft habe, hätten die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr ein so großes Interesse an der Übernahme einer Patenschaft. Dies hänge auch mit Verfehlungen zusammen, die in der Vergangenheit vorgekommen seien, dürfe aber nicht zu einer derartigen Verschärfung der Regeln für Patenschaften führen.

Herr Bacher fragt, wie die Denkmalschutzbehörde zukünftig mit diesem Problem umgehen wolle, damit nicht unbedingt städtische Mittel zur Pflege dieser Grabmale aufgewendet, sondern wieder vermehrt Paten gefunden werden.

Herr Krapp informiert darüber, dass auch in einem Grabmal, das die Stadt habe restaurieren lassen, jemand bestattet werden könne. Entscheidend sei, inwieweit der neue Nutzungsberechtigte bzw. Pate seine persönlichen Daten auf einem historischen Grabmal unterbringen könne. Dies sei tatsächlich früher etwas großzügig gehandhabt worden. Denkmalpflegerischer Standard sei jedoch, dass man nicht eine historische

Inschrift von einem Grabmal abnehmen und einen neuen Namen darauf schreiben könne.

Diese Regelung habe man sich nicht allein ausgedacht, sondern sie werde auch von der Landesdenkmalpflege angewandt. Sogar die Bezirksregierung habe in einem speziellen Fall sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das historische Grabmal entsprechend respektiert werden müsse.

Er schlage vor, einen weiteren Stein dazuzustellen oder eine Platte auf das Grab zu legen, worauf dann die Daten des neu Bestatteten stehen.

SB Herr Dr. Albach bittet, nicht das Augenmaß zu verlieren und den Ausschuss Umwelt und Grün besser als in der Vergangenheit über den weiteren Prozess zu informieren.

RM Herr Kienitz betont ebenfalls, es sei der dringende Wunsch des Ausschusses Umwelt und Grün, in die zukünftige Planung stark eingebunden zu werden mit dem Ziel, die Grabdenkmäler und damit auch das historische und kulturelle Erbe zu erhalten. Konkret sei es wichtig, auch darüber informiert zu werden, wie bestimmte Verfahren seitens der Denkmalschutzbehörde festgelegt und öffentlich gemacht werden.

RM Herr Brust unterstreicht, es sei wichtig, dass die Denkmalschutzbehörde mit den Steinmetzen konstruktiv zusammenarbeite und nicht, wie er selbst bestimmten Schreiben entnommen habe, deren Arbeit unter Androhung von Bußgeldern schikaniere.

Herr Krapp räumt ein, die Denkmalschutzbehörde müsse zukünftig über ihre Entscheidungen klarer informieren. Anhand von Einzelfällen und Fotos müsse die Philosophie veranschaulicht werden. Er bittet um Geduld, bis die Leiterin Frau Dr. Kaymer wieder gesund sei, um dann ihren angekündigten Vortrag halten zu können.

Hinsichtlich des Patenschaftsmodells macht er deutlich, dass sich 170 Grabmale in einem schlechten Zustand befänden, für die man keinen Paten finde. Hier brauche man das Geld, um diese Notfälle zu retten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Krapp zur Kenntnis.

3.4 Jüdische Friedhöfe in Köln **Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion** **4002/2011** **(wurde zusammen mit 2.2 beraten)**

SB Herr Dr. Albach bezieht sich auf drei der vier jüdischen Friedhöfe Kölns - Mülheim, Deutz und Deckstein - und merkt an, dass diese im Grunde nicht mehr genutzte "Museumsstücke" seien. Er fragt, was getan werden könne, um dieses jüdische Erbe nicht endgültig dem Verfall anheim fallen zu lassen. Er möchte wissen, wer Eigentümer bzw. Ansprechpartner dieser Friedhöfe sei.

Herr Krapp informiert darüber, dass die Synagogengemeinde in Köln Eigentümerin sei und sich die Situation anders als auf dem städtischen Friedhof Melaten darstelle.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Krapp zur Kenntnis.

2.3 Bilanzieller Wert von Bäumen

**hier: mündliche Anfrage von RM Dr. Welpmann in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 29.09.2011
4082/2011**

RM Herr Dr. Welpmann bemerkt, dass der Wert der betroffenen Bäume (58.000 €) im Zusammenhang mit der Restaurierung der Flora erheblich sei. Er äußert die Bitte, in zukünftigen Bauprojekten diese Zahlen bereits vorher bekannt zu geben und in der Beschlussvorlage den Wertverlust einzutragen, der eintrete, falls Bäume nicht erhalten werden können. Dies könne dann in den politischen Beratungen berücksichtigt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.4 Bänke und Papierkörbe aus dem Bürgerhaushalt

**Anfrage von RM Frau Stahlhofen TOP 4.2 aus der Sitzung vom
29.09.2011
4358/2011**

SE Herr Fischer fragt, ob die Verwaltung bereit sei, ihm die detaillierte Beschreibung des Verfahrens zur Beschaffung und Aufstellung von Bänken und Papierkörben im Rahmen des Bürgerhaushalts in der von der Verwaltung erstellten Beschlussvorlage Nr. 2196/2011 zu zeigen bzw. dies schriftlich zu beantworten, da er sie nicht gefunden habe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln

**Teilbeantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion, AN/1293/2011
2733/2011**

**Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
Gesamtbeantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion
2669/2011**

RM Herr Kienitz bemerkt zu Ziffer 3 und 4 der Beantwortung, dass keine Daten zu Art und Schwere sowie Anzahl und Höhe angegeben worden seien. Er bittet die Verwaltung um eine genauere Angabe mit den jeweiligen Zahlen.

Außerdem habe die Verwaltung in der Gesamtschau zu den Zahlen, die sie unter Ziffer 3 anführt, 3.000 – 4.000 Fälle pro Jahr genannt. In der Übersicht zu Ziffer 4 führe die Verwaltung für die Jahre 2008 bis 2010 jeweils lediglich rund 400 bis 900 Maßnahmen und Sanktionen auf. Oben werde jedoch ausgesagt, dass in jedem 3. Betrieb schwerwiegende Verstöße festgestellt werden könnten.

Herr Kienitz bittet die Verwaltung, diese Diskrepanz näher zu erläutern.

3.2 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta in Leverkusen
Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und Beantwortung der Anfrage
AN/1647/2011

RM Herr Dr. Welpmann übt Kritik an der Stellungnahme des Gesundheitsamtes, die im Grunde nichts anderes als eine Paraphrasierung des Antragstextes sei. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erwarte, dass eine eigene Befassung mit dem Sachverhalt erfolge. Daher bitte man dringend bei zukünftigen vergleichbaren Verfahren, sich substantiell mit der Sache zu beschäftigen und den Ausschuss Umwelt und Grün so frühzeitig zu informieren, dass die Angelegenheit noch vor dem Anhörungstermin aufgegriffen werden könne.

Herr Liebmann stellt klar, dass es sich bei dem vorliegenden Text nicht um den Antragstext handle, sondern um den Text der Stellungnahme der Stadt Köln als benachbarter Kommune im Genehmigungsverfahren. Die Anlage sei genehmigt worden. Das heiße, die mögliche Beaufschlagung mit Luftschadstoffen sei zunächst mal eine genehmigte Situation.

Im Rahmen des neuen Genehmigungsverfahrens auf Erweiterung der Abfallmengen sei deutlich geworden, dass es keine Erhöhung der Luftbelastung also auch keine Beeinträchtigung der Luftsituation geben werde. Herr Liebmann macht deutlich, dass Abfallmengen bisher mit einem bestimmten Brennwert verbrannt worden seien. Diese Abfallmengen hätten zunehmend einen geringeren Brennwert, weil brennbare Bestandteile dieser Abfallmengen zunehmend recycelt würden.

Das Unternehmen habe, um die geforderten Verbrennungstemperaturen zu erreichen, die Möglichkeit, Öl oder Gas zu feuern. Dies führe jedoch zu einer Erhöhung der Emission. Eine andere Möglichkeit sei die Erweiterung der Abfallmengen, was im vorliegenden Fall beantragt worden sei. Der Antragsteller habe auch keine Erhöhung der Emissionen jetzt beantragt. Dies sei im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Umweltverträglichkeitsprüfung geprüft worden. Die Bezirksregierung habe keine Beanstandungen geltend gemacht. Insofern müsse davon ausgegangen werden, dass keine Erhöhung von Schadstoffen vorliegen werde und die Situation für die Stadt Köln unverändert ist.

Herr Liebmann informiert abschließend darüber, dass diese Anlage eine der modernsten Anlagen für die Verbrennung von Sonderabfall ist. Sie werde bei der EU als "Best practice – Anlage" geführt, die unter Normalbedingungen der Sonderabfallverbrennung geringe Emissionen verursache. Insofern könne man davon ausgehen, dass sie im Sinne der Umweltverträglichkeit so gut wie möglich geführt werde. Ihre Emissionswerte würden über eine Messtechnik am Schornstein online an die Bezirksregierung gesendet, so dass jederzeit eine Überwachung der Messwerte bei der Bezirksregierung möglich sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die ausführlichen mündlichen Informationen von Herrn Liebmann zur Kenntnis.

**3.3 KfW-Förderprogramm zur energieeffizienten Stadtbeleuchtung
Anfrage der FDP-Fraktion
AN/1731/2011**

**3.3.1 KfW-Förderprogramm zu energieeffizienten Stadtbeleuchtung
hier: Beantwortung der Anfrage (AN/1731/2011) der FDP-Fraktion
4368/2011**

SE Herr Pöhler fragt zu Punkt 1 der Beantwortung, ob der Verwaltung bekannt sei, dass sich das Programm "Kommunal Investieren Premium" an Unternehmen richte, die einen mehrheitlich kommunalen Gesellschafterhintergrund aufweisen und dass die Rheinenergie unter dieser Definition subsumiert werden könnte.

Beigeordneter Herr Streitberger antwortet, nach Kenntnis der Verwaltung seien in diesem Programm nur Kommunen antragsberechtigt. Er werde dies noch mal prüfen lassen und eine ergänzende Antwort in einer der nächsten Sitzungen geben.

RM Herr Brust merkt zu Punkt 1 der Beantwortung an, es sei strittig, ob sich die Stadtbeleuchtung im Eigentum der Stadt Köln oder der Rheinenergie befinde. Dies müsste seiner Ansicht nach geklärt werden.

Herr Streitberger sagt eine Klärung zu. Ob dies noch innerhalb der nächsten 1 bis 2 Jahre zu klären ist oder ob auf den neuen Konzessionsvertrag gewartet werden sollte, sei fraglich.

**3.5 Erstellung eines Grillkonzeptes
Anfrage der Fraktion pro köln
AN/1068/2011**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**3.6 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta
Anfrage der Fraktion pro köln
AN/1913/2011**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4 Mündliche Anfragen

**4.1 Anfrage des SE Herrn Bilke
hier: Wettbewerb Bundeshauptstadt Biodiversität**

SE Herr Bilke erwähnt, die Stadt Köln habe sich am Wettbewerb "Bundeshauptstadt Biodiversität" beteiligt.

Er fragt, wie sie abgeschnitten habe, was von der Jury als Stärken und als Schwächen betrachtet worden sei und welche Konsequenzen die Verwaltung hieraus für ihr zukünftiges Tun ziehe. Auch möchte er wissen, worin der größte Handlungsbedarf liege.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.2 Anfrage der SE Frau Albat hier: GAG-Siedlung "Am Rosenhof"

SE Frau Albat berichtet von einer Begehung, die am 15.05.2011 in der sanierten Wohnsiedlung der GAG in Bickendorf und dem dortigen Platz "Am Rosenhof" stattgefunden habe. Der Platz, ursprünglich von Fritz Enke gestaltet, zeichne sich aus durch Wildwuchs und ein paar Spielgeräte.

Bei der Begehung, an der Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter der GAG und der Stadtverwaltung teilnahmen, wurde zugesagt, dass die umgebende Mauer von der GAG erneuert und dass der Platz im alten Zustand wiederhergestellt werde. Zierapfelbäume sollten im Herbst gepflanzt werden, bislang sei jedoch noch nichts geschehen. Die Bürgerinnen und Bürger möchten nun wissen, wann die Zusagen eingehalten werden. Außerdem seien dort Abfallkörbe aufgestellt, die jedoch nur mit Mülltüten bestückt seien und aus denen sich die dort lebenden Krähen bedienen.

Frau Albat regt an, diese Abfallkörbe ebenfalls zu erneuern und fragt, wann mit den zugesagten Maßnahmen begonnen werde.

Herr Kaune erklärt, dass er selbst bei der Begehung dabei war und von der Einhaltung des dezidierten Zeitplanes überzeugt gewesen sei. An der Zusage habe sich auch grundsätzlich nichts geändert. Die zu pflanzenden Bäume seien bereits bei der Baumschule ausgesucht. Es sei jedoch mit der GAG vereinbart worden, dass zuerst die Mauer saniert werde und danach die Grünarbeiten stattfinden. Es gebe aber Probleme mit den dortigen schönen Kunstwerken, die sich rechts und links an der Treppe befänden. Hier müsse zunächst der Kunstbeirat und der Fachausschuss beteiligt werden. Die Ordnungsverwaltung müsse auch noch mit der GAG einen Gestattungsvertrag abschließen.

Die GAG habe zugesagt, dass anschließend sofort mit der Sanierung der Mauer begonnen werde. Sobald die Mauer saniert sei, werde das Grünflächenamt weiterarbeiten. Auch um eine Erneuerung der Abfalleimer werde die Verwaltung sich kümmern.

Frau Albat nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis und verzichtet auf eine schriftliche Stellungnahme.

4.3 Anfrage der SE Frau Grosser hier: Zwischenlandungen der Lufthansa Cargo auf dem Flughafen Köln/Bonn

SE Frau Grosser erwähnt einen Artikel im Kölner Stadtanzeiger mit dem Inhalt, dass die Cargo Lufthansa beabsichtigt, den Kölner Flughafen als "Rastplatz" zu benutzen, da in Frankfurt keine Nachtflüge mehr landen dürfen. Sie fragt nach dem Sachstand.

Herr Liebmann antwortet, dass die Flüge als Zwischenstopp bis Mitte 2012 geplant seien. Bis dahin hoffe die Lufthansa Cargo, wieder normal disponieren zu können.

4.4 Anfrage des SB Herrn Dr. Albach hier: Cologne E-Mobil

SB Herr Dr. Albach spricht das Projekt "cologneE-mobil" an, dass die Stadt Köln zusammen mit Ford, der Rheinenergie und der Uni Duisburg-Essen durchführe. Die Ergebnisse seien im August in Köln vorgetragen worden, doch wisse er nicht wo.

Er bittet, die Ergebnisse des Projektes und auch die Schlussfolgerungen, die sich für die Teilnehmer ergeben, im Ausschuss Umwelt und Grün vorzustellen.

4.5 Anfrage des RM Herrn Kienitz hier: Kehren und Lagern von Laub

Der CDU-Fraktion sei aufgefallen, dass Laub bis zu dessen Abtransport in Kunststoffsäcken gelagert werde. RM Herr Kienitz fragt nach dem Grund bzw. wieso dies nicht mehr in Haufen gelagert werde.

RM Herr Brust verweist auf ein Konzept der Abfallwirtschaftsbetriebe Köln, wonach mehr Laubsauger als im letzten Jahr im Einsatz sind und das Laub zunächst in Haufen zusammengeblasen und anschließend direkt von großen LKWs aufgesaugt werde. In kleinen Straßen werde das Laub in Säcken gesammelt und auf den Mannschaftswagen aufgeladen. Dies werde nur dort gemacht, wo kleinere Mengen anfielen.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Optimierung der Grünpflege Antrag der CDU-Fraktion AN/1516/2011

RM Herr Kienitz dankt der Verwaltung für die umfangreiche Stellungnahme und greift den Gedanken der Biodiversität auf. Hier sei die Situation in Köln verbesserungswürdig und es sollte ein Mehr erreicht werden, indem die Zielsetzung des o. g. Antrages in die Überlegungen zum Äußeren Grüngürtel mit einbezogen werde. Insofern könne die Stellungnahme der Verwaltung als Anlage zum Antrag hinzugenommen werden. Der Antrag habe sich damit aber nicht erledigt, sondern werde aufrechterhalten.

RM Herr Dr. Welpmann betont, das Thema "Biodiversität" bleibe weiterhin wichtig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe jedoch keinen Zusammenhang zwischen der Pflege der Grünflächen, wie sie im Antrag formuliert werde, und der Biodiversität. Sollte die CDU-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalten, werde man ihn ablehnen.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt die Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie durch Optimierung der Pflege städtischer Grünflächen die Artenvielfalt in Köln besser geschützt und Naherholung gefördert werden kann:

1. Zu diesem Zweck ist bis Ende des Jahres in einem Konzept darzustellen, welche Flächen, auch in Abwägung mit den Anforderungen der Kölnerinnen und Kölner an die Naherholung, für eine naturnahe Unterhaltung in Frage kommen. Ziel ist insbesondere die Optimierung des Vogel- und Insektenschutzes mittels Extensivierung der Pflege.
2. Weiterhin ist darzustellen, wie eventuell einzusparende Ressourcen (Personal- und Sachmittel) zur Optimierung der Pflege repräsentativer (z. B. Schmuckbeete) oder überwiegend der Naherholung dienender (z. B. Liegewiesen) Flächen genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion pro köln.

5.2 Strunde wieder für Mülheim zum Erlebnis machen **Antrag der FDP-Fraktion** **AN/ 1477/2011**

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag, indem er unter anderem den Wert und Erhalt des historischen Erbes der Strunde in Köln-Mülheim hervorhebt. Abschließend bittet er den Ausschuss, dem Planungsauftrag zuzustimmen, damit fachlich entschieden werden könne, wie weiter verfahren werde.

RM Frau Paffen bittet namens der SPD-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen. Der Verwaltungsrat der StEB habe zugesagt, dass eine solche Planung bereits in Arbeit sei. Daher sei es angebracht abzuwarten, bis die StEB die Vorlage gefertigt habe, um dann über die weiteren Schritte entscheiden zu können.

Beigeordneter Herr Streitberger zeigt sich ebenfalls erstaunt über die Antragstellung. Die Planungsabsichten der StEB müssten der FDP-Fraktion bekannt sein. Das Votum des Verwaltungsrates der StEB sei an die Stadt Köln weitergegeben worden und auf dessen Grundlage fertige die Verwaltung eine Vorlage. Diese werde zur nächsten Ausschusssitzung termingerecht vorliegen. Herr Streitberger schlägt ebenfalls vor, die Vorlage abzuwarten und dann über den Sachverhalt zu diskutieren.

SB Herr Dr. Albach dankt Herrn Streitberger für die Information und ist mit dem Verfahren einverstanden.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der Antrag in die nächste Sitzung zurückgestellt und zusammen mit einer Beschlussvorlage der Verwaltung zur Strunde behandelt werde. Im Ausschuss herrscht hierüber Einmütigkeit.

Der Antrag wird zurückgestellt in die nächste Sitzung und zusammen mit einer Beschlussvorlage der Verwaltung zur Strunde behandelt.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung **1047/2011**

RM Herr Bacher zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung den Bedürfnissen der Bevölkerung nach neuen Bestattungsarten, z. B. der Naturwald- und Baumbestattung oder den Bestattungsgärten, Rechnung getragen habe. Einen Wunsch nach der Bestattungsform der Kolumbarien sehe die SPD-Fraktion derzeit nicht. Daher werde man der Verwaltungsvorlage zustimmen. Sollte sich in Zukunft die Bedürfnislage verändern, könne man dieser in einer späteren Ergänzung der Friedhofssatzung nachkommen.

RM Herr Kienitz erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese die Alternative bevorzuge, die Voraussetzungen zu schaffen, ein weiteres Angebot zu installieren. Es sei richtig, auch an dieser Stelle bürgerschaftliches Engagement wertzuschätzen.

SE Herr Koberg betont, er könne nicht nachvollziehen, was im 1. Absatz auf der 3. Seite der Begründung stehe. Tatsächlich werde durch ein Kolumbarium der Flächenbedarf verringert. Zudem befremde es ihn, dass den Bürgerinnen und Bürgern etwas verwehrt werde, wonach ein Bedarf bestehe. Dies dokumentiere der einstimmige Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen.

SB Herr Dr. Albach spricht sich namens der FDP-Fraktion für eine Ausweitung des Angebotes hinsichtlich der Bereitstellung eines Kolumbariums aus. Die Vorgehensweise der Verwaltung innerhalb der letzten 10 Jahre, neue Bestattungsarten zu schaffen, sei von Erfolg gekrönt gewesen. Ein einstimmiges Votum einer Bezirksvertretung, die Übernahme der Kosten für die Sanierung und Schenkung des Kolumbariums zeigten zudem, dass es in der Bürgerschaft ein entsprechendes Interesse gebe.

RM Herr Brust entgegnet, Grund für den BV-Beschluss sei nicht, das Angebot auszuweiten, sondern die Nutzung der alten Trauerhalle zu ermöglichen. Es sei gefährlich, in jedem leerstehenden Gebäude ein Kolumbarium einzurichten, zudem mit dem Wissen um die teuerste Bestattungsart von Köln. Es sei absehbar, dass dort nicht viele Beerdigungen stattfänden und man müsse große Summen vorfinanzieren, die man wahrscheinlich nie wieder bekomme. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen befürworte dieses finanzielle Risiko nicht. Alle, die dort bestattet würden, würden nicht auf den Grünflächen der Friedhöfe beerdigt. Die Tendenz, dass auf den Grünflächen der Friedhöfe zu viel Fläche vorhanden sei, werde weiter zunehmen und die Finanzierung der Friedhöfe erschweren. Daher spreche nichts dafür, dort das Angebot auszudehnen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln lehnt die Bitte der Bezirksvertretung Rodenkirchen ab, die Verwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen für eine Ergänzung der Bestattungs- und Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung zu schaffen, damit in der sanierten Trauerhalle in Köln-Weiß ein neues gesamtstädtisches Bestattungsangebot „Kolumbarium“ bereitgestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

**6.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung
2703/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 31.01.2011 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten zur Kenntnis. Er lehnt eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Bezirksvertretung wegen der über den Bezirk hinausgehenden Bedeutung des Friedhofs Melaten ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2044/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 08.12.2011.

- 6.4**
- 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln**
 - 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes 3533/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stimmt der Erhöhung der Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffung KFZ um 98.504 € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 406.504 €.
2. Der Rat beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung, Hj. 2011 in Höhe von 98.504 € bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffung KFZ.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 6.5 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012 3272/2011**

Die Ausschussvorsitzende macht darauf aufmerksam, dass diese Beratung als erster Durchgang betrachtet werde und die Vorlage nach den Beratungen in den nachfolgenden Gremien am 08.12.2011 noch mal im federführenden Ausschuss Umwelt und Grün behandelt werden soll.

RM Herr Kienitz merkt an, die CDU-Fraktion betrachte es positiv, dass die Stadt Köln ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz nachkommen möchte, hinke man doch den Entwicklungen in anderen Städten hinterher. Allerdings fehlten der CDU-Fraktion im Konzept die klaren Zielvorgaben. Zudem sei die Vorlage haushaltsrelevant; es würden jedoch keine Vorschläge zur Finanzierung gemacht und die Einsparungen, gerade vor dem Hintergrund des vorliegenden Haushaltsdefizits, seien ebenfalls nicht quantifiziert.

Herr Kienitz hat zu folgenden Punkten des Konzeptes noch Anmerkungen bzw. Fragen:

- zu A 3 Teilnahme am European Energy Award und Klimaschutz-Check bei den Aktivitäten der Stadtverwaltung
Warum habe man in den letzten Jahren nicht am European Energy Award (EEA) teilgenommen?
- zu A 8 Klimaschutzfonds für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen bei den städtischen Gebäuden
Die Erklärungen zu diesem Punkt reichten nicht aus und es wird um eine ausführlichere Darstellung gebeten, wie so etwas ablaufen soll.

- zu A 9 Kommunales Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung
Man müsse sich angesichts eines Förderbudgets von 1 Mio. Euro pro Jahr fragen, was diese Maßnahme bringe, auch wenn die Aspekte der Wirtschaftsförderung und der Altbausanierung bereits angesprochen wurden.
Was seien bislang in Münster, das diese Maßnahme mit 500.000 Euro im Jahr umsetzt, für Effekte erzielt worden?
Vor dem Hintergrund von Wohnraummangel in Köln müsse man sich fragen, ob man den stadteigenen Gesellschaften bzw. Bürgerinnen und Bürgern mit Maßnahmen wie dem "Passivhausstandard bei Verkauf städtischer Grundstücke" nicht zuviel Dinge aufbürde, die bezahlt werden müssen.

RM Herr Dr. Welpmann gibt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein positives Feedback zu der Vorlage. Man begrüße, dass 2012 mit den Sofortmaßnahmen begonnen werde und sei mit dem Maßnahmenpaket aus dem Energiebereich durchweg einverstanden. Da dies mit Personalaufwand verbunden sei, müsse die Stadt in bestimmten Bereichen in "Vorleistung" gehen. Im Energiemanagement der Kulturverwaltung ergäben sich jedoch auch Einsparungen, die zumindest in dem Bereich die Aufwendungen mehr als kompensieren dürften.

Herr Dr. Welpmann hat zum Mobilitätsbereich noch einige Fragen, die in der Sitzung des Verkehrsausschusses ebenfalls besprochen werden sollten und bittet, diese zu beantworten.

- zu V 2 Mobilitätspaket für Neubürger
Hier sei ein ungewöhnlich hoher Kostenanteil von 800.000 Euro, von insgesamt 1,7 Mio. Euro, veranschlagt. Wie sei dieser Anteil genau berechnet worden? Warum sei die KVB mit einem nur unerheblichen Anteil von 1/8 der Gesamtkosten herangezogen worden?
- zu V 3 Dienstfahräder für die Stadtverwaltung
Diese wichtige Angelegenheit werde ihm zu unverbindlich dargestellt. Herr Dr. Welpmann erwartet, dass die Stadt Köln in Form von Dienstanweisungen dies verbindlich mache und auf der anderen Seite auch den Fuhrpark reduziere.
- Herr Dr. Welpmann regt an, bei allen Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns Jobtickets einzuführen und fragt, weshalb dies noch nicht geschehen sei.

RM Frau Dr. Müller regt hinsichtlich des Zieles unter V 1, zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten einzurichten, an, mehr Personal zuzusetzen. Nach ihren Informationen reiche eine Stelle für die Einrichtung von 2.000 zusätzlichen Fahrradabstellmöglichkeiten nicht aus.

SB Herr Dr. Albach bemerkt, das erste Ziel des Klimaschutzkonzeptes sei nicht erreicht worden. Im Vergleich zu 1990 könne noch nicht gesagt werden, wo man jetzt stehe. Außerdem weist er darauf hin, dass die Vorgaben der Stadtverwaltung Beschlussgrundlage seien und nicht die Vorschläge der Gutachter. Ihn verwundere, dass eine eigene Effizienzagentur für Köln vorgeschlagen werde, anstatt die von Nordrhein-Westfalen zu beauftragen oder dass qualifizierte Ingenieure gewonnen werden sollen, die bei der städtischen Gebäudewirtschaft überall fehlten. Herr Dr. Albach regt an, über die Prioritäten nachzudenken.

Er fragt, weshalb keine Abschätzung über die Kosten von Ökostrom vorgenommen werden könne, da bereits welcher bezogen werde. Auch sollte die Stadt Köln prüfen, ob es nicht besser sei, in billigen Strom und Einsparmaßnahmen zu investieren. Die Gründung eines Klimaschutzfonds sollte im Finanzausschuss beraten werden, da es sich um eine Art Nebenhaushalt handle. Hierüber müssten die Finanzexperten der Fraktionen informiert werden.

Zudem wünsche er sich ein – und nicht zwei – besser abgestimmtes Wohnbauprogramm, das sowohl ökologische als auch soziale Aspekte beinhalte. Des Weiteren verweist er auf die hohen Wartungskosten von Dienstfahrrädern.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass das Wuppertal Institut für Erdgasantriebe plädiere und bittet, erdgasbetriebene Fahrzeuge in das Maschinenkonzept einzubeziehen.

Beigeordnete Frau Reker nimmt zu verschiedenen Fragen vorab mündlich Stellung und betont, die Stadt Köln sei bisher nicht bereit gewesen, für den Klimaschutz die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dies sei der Grund, weshalb auch Personalanteile in der Vorlage eher gering kalkuliert seien. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen werde abzuwägen sein, auch im Hinblick auf die anderen Bedarfe in der Stadt, wie viel Geld man in welche Ziele stecke.

Frau Reker unterstreicht, das vorliegende Sofortmaßnahmenprogramm könne nicht dem Integrierten Klimaschutzprogramm entsprechen. Sie weist auf die Tabelle in Anlage 1 hin, aus der man die notwendigen Finanzbedarfe ablesen könne. Am Beispiel des Kommunalen Förderprogramms für die private Altbaumodernisierung erläutert sie, dass die Maßnahme im nächsten Jahr aufgebaut werde und im Folgejahr das Programm zu laufen beginne. Was bei den einzelnen Maßnahmen einzusparen sei, könne man unter den jeweiligen Kurzbeschreibungen der Gutachter finden. Immer dann, wenn in der Verwaltungsvorlage unter der jeweiligen Ziffer etwas anderes stehe, werde die Verwaltungsmeinung vorgeschlagen.

In vielen Bereichen habe man untersucht, was sich in anderen Städten bewährt habe, so z. B. die Effizienzagentur in München, und versucht, eine Prognose zu erstellen.

Auch hinsichtlich des Neubürgertickets müsse man zu einer verträglichen Lösung kommen. Sie begrüße die Anregung, ein Jobticket für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke einzuführen. Die Verwaltung wolle bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün die Anregungen prüfen und eine Stellungnahme abgeben.

Die Ausschussvorsitzende bittet, die Anregungen auch an die anderen Ausschüsse weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage am 08.12.2011.

6.6 Sanierung des Gehölzbestandes im Stadtwald Lindenthal hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts 3883/2011

Die Ausschussvorsitzende gibt ihren Vorsitz an ihren Vertreter, RM Herrn Bacher, ab.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen im Teilergebnisplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 13 / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,

Hj. 2011 in Höhe von 440.000,- EUR für die Sanierung des Gehölzbestandes im Stadtwald Lindenthal zwischen Kitschburger Straße/Militärringstraße im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Beschaffung von drei Mannschaftstransportern (LKW 7,49 t)
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
3889/2011**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnahme fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung, Hj. 2011 in Höhe von 285.500,- EUR bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

**6.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3952/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2012 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 3) zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

6.9 Abfallsammlung und -entsorgung auf städtischen Friedhöfen 4256/2011

RM Herr Brust informiert darüber, dass die AWB KG bereit sei, den Versorgungsvertrag für die Kölner Friedhöfe entsprechend zu modifizieren, allerdings unter der Voraussetzung, ihn gleichzeitig auch zu verlängern. Er stellt den mündlichen Änderungsantrag, den Beschlusstext zu ergänzen, indem hinter das Wort "modifizieren" der Zusatz "und evtl. zu verlängern" eingesetzt wird.

SB Herr Dr. Albach spricht sich für die FDP-Fraktion gegen eine Modifizierung im Sinne einer Verlängerung aus. Nicht nur die AWB könne die Standards erfüllen und man sollte auch anderen Entsorgungsunternehmen die Chance geben.

RM Herr Kienitz stimmt ebenfalls namens der CDU-Fraktion gegen eine Verlängerung. Die Beschlussvorlage der Verwaltung könne mitgetragen werden.

- Zunächst stellt der stellvertretende Ausschussvorsitzende den Text des von RM Herrn Brust vorgetragenen Änderungsantrags zur Abstimmung:

Beschluss:

Im 2. Absatz des Beschlussvorschlags der Verwaltung ist nach dem 1. Satz hinter dem Wort "modifizieren" der Text **und evtl. zu verlängern** einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro köln.

- Anschließend stellt er den so geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zum Pilotprojekt "Abfallentsorgung auf Kölner Friedhöfen" zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, auf der Basis des erfolgreichen Pilotprojektes zukünftig die Entsorgung auf allen 55 Friedhöfen zu realisieren.

Hierzu sind Verhandlungen mit dem Vertragspartner AWB KG zu führen, um den bereits aktuellen Versorgungsvertrag für die Kölner Friedhöfe entsprechend zu modifizieren **und evtl. zu verlängern**. Das Verhandlungsergebnis einschließlich der finanziellen Auswirkungen ist dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro köln.

6.10 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale 2661/2011

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bacher übergibt den Vorsitz wieder an Frau Dr. Müller.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, die Verbraucherzentrale NRW bei der Durchführung des Projektes „Sparnachbar“ in Köln bis 2014 zu unterstützen. Die notwendigen Mittel von 57.500 € werden im Zuge der Haushaltsplanberatung 2012 zusätzlich bereit gestellt. Die Maßnahme wird als ein Baustein in das Sofortmaßnahmenprogramm des Klimaschutzkonzeptes Köln (V-Nr. 3272/2011) eingebunden und als Teil der Beratungsleistung in das „Zentrum für Energieeffizienz“ integriert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

6.11 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 3968/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem vierten Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.12 Sanierung Äußerer Grüngürtel - 2. BA Neusser Landstraße / Militärring- straße hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes 4020/2011

SE Herr Bilke merkt an, der Bürgerhaushalt sei nicht das Instrument, Pflegerückstände abzuarbeiten. So wünschenswert das sei, sei diese Einzelmaßnahme jedoch nach 2 Jahren wieder verpufft. Demgegenüber gebe es Maßnahmen, wie z. B. das Pflanzen eines Straßenbaums, die wahrscheinlich für die nächsten zehn Jahre bestehen bleiben. So weise auch das Rechnungsprüfungsamt darauf hin, das nur eine fachgerechte und dauerhafte Pflege sinnvoll sei. Er regt an, generell bei diesen Beschlüssen darauf zu achten, längerfristig zu konzipieren.

Herr Kaune nimmt Stellung und betont, diese Maßnahmen, die jetzt im Rahmen des Bürgerhaushaltes umgesetzt werden, machten großen Sinn. Er empfiehlt, sich die Gebiete vor und nach den Maßnahmen anzusehen. So seien viele Bereiche, wie z. B. die Wege, für die Bürgerinnen und Bürger gar nicht mehr nutzbar, weil sie zugewachsen sind. Man habe auch den Ergeiz, bei all diesen Maßnahmen die weitere Pflege im Fokus zu behalten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen im Teilergebnisplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 13 / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011 in Höhe von 200.000,- EUR für die Sanierung des Äußeren Grüngürtels im Bereich Neusser Landstraße / Militärringstraße (2. Bauabschnitt) im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.13 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB 3000/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – 135 c BauGB – Anlage 1 – in Anpassung der fehlerhaften Satzung vom 29.11.2000.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.14 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe 2920/2011

Herr Kiefer erläutert den Hintergrund dieser Vorlage und beschreibt die bisherige Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben. Ansatz waren die Eigenverantwortung der Betreiber und – bei bestimmten regelmäßigen Verstößen, Unfällen, Beschwerden oder Hinweisen – Programm- oder Anlassüberwachungen. Eine regelmäßige anlassunabhängige Überwachung aller Betriebe gab es jedoch nicht.

Ab dem 03.01.2011 gebe es eine Verpflichtung, diese Überwachungen für alle 30.000 Industrie- und Gewerbebetriebe durchzuführen. Dies sei jedoch nicht von jetzt auf gleich zu bewerkstelligen, sondern erfordere unter anderem auch zusätzliches Personal, das gewonnen und eingearbeitet werden müsse.

Hinsichtlich des Überwachungskonzeptes schlage die Verwaltung vor, risikobasiert mit den 144 gefährlichsten Anlagen zu beginnen. Parallel müsse die Fortschreibung die-

ses Konzeptes erarbeitet werden, um in einer 2. Stufe 1.029 Anlagen in diese Regelüberwachung zu überführen. Bezüglich der übrigen Anlagen, die etwa 96 % ausmachen, wolle man in Abstimmung mit dem Land überlegen, wie dort unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten möglichst guter Schutz für Mensch und Umwelt bei vernünftigem Aufwand erreicht werden könne.

Die jetzige Beschlussvorlage beinhalte die Überwachung der 144 Anlagen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat

**6.15 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011**

Beschluss:

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 08.12.2011.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

**7.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Überarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans im Bereich Vogteistraße/Ecke Gereonswall: Mensagebäude
1688/2011**

Die Ausschussvorsitzende stellt den **ergänzten Beschlusstext (wie BV 1)** zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden **ergänzten** Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die weitere Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes im Bereich Vogteistraße/Ecke Gereonswall die Variante 2 "minimierte Grundfläche" (Anlage 7) zugrunde zu legen.

In Bezug auf Anlage 2, Seite 1 letzter Absatz wird festgelegt, dass die Außenflächen nicht als „Schulhoffläche“ ausgestaltet und auch nicht dem Schulgrundstück des Hansa-Gymnasiums zugerechnet werden dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Toilettenkonzept - Sachstand 3252/2011

RM Herr Dr. Welpmann macht deutlich, es handle sich bei dem Toilettenkonzept um einen Ratsbeschluss, der nicht abgearbeitet worden sei. Über die mehr als unzureichende Toilettensituation in Köln bestand und bestehe eindeutig und fraktionsübergreifend Konsens. Daher könne es nicht akzeptiert werden, wenn zwei Jahre nach dem Beschluss lediglich durch eine Mitteilung eingeräumt werde, dass dieser nicht umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Welpmann bittet um Stellungnahme der Verwaltung zu folgenden Punkten:

1. Warum wird die Toilettenanlage Venloer Straße / Gürtel nicht betrieben?
2. Man erwarte konkrete Darstellungen der technischen Probleme bzw. Vorschläge zu deren Lösung.
3. Sollten Mehrkosten entstehen, erwarte man Kostenberechnungen dazu.
4. Man erwarte eine Beschlussvorlage, die in den zuständigen Gremien diskutiert werden könne und zu der konkrete Entscheidungen getroffen werden können.

SE Frau Röttger-Schulz schließt sich den Aussagen von Herrn Dr. Welpmann an. Als Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft (Stadt AG) Behindertenpolitik betont sie, die Probleme für Menschen mit Behinderung, für die keine Toilette erreichbar ist, gestalten sich noch schwieriger, als für Menschen ohne Behinderung.

Sie stellt folgende Fragen:

1. Wie viel Behindertentoiletten gibt es in Köln?
2. Was ist unter "Erreichbarkeit für Rollstuhlfahrer" zu verstehen? Bedeutet es "Nutzbarkeit"? Gibt es dort Halterungen, eine Pflegeliege, einen Klingelzug, Kontraste für Sehbehinderte und taktile Elemente für Blinde?
3. Beabsichtigt die Stadt Köln nach Ablauf des Vertrages mit der Firma JCDecaux eine andere Firma mit der Unterhaltung der öffentlichen Behindertentoiletten zu beauftragen?
4. Sind diese Toiletten für jede/n zugänglich oder nur für diejenigen, die einen Euroschlüssel haben; was nach Meinung der Stadt AG so sein müsste?

SE Frau Reiff bemerkt, die Seniorenvertretung der Stadt Köln kämpfe seit Jahren für Toilettenanlagen im öffentlichen Raum. Sie berichtet von einem Präzedenzfall in Köln-Kalk, an dem die Stadt Köln durch den Verkauf eines Grundstückes zur Geschäftserweiterung eines Discount-Handelsunternehmens beteiligt sei. Die Stadt habe die Auflage erteilt, beim Bau der Erweiterung eine Toilette zu installieren.

Im Stadtentwicklungsausschuss werde eine Beschlussvorlage zur Beratung vorgelegt, wonach in einer Entfernung von 3 Häusern zum Discounter die Toilette auf der ersten Etage einer Spielhalle installiert werden solle.

Beigeordneter Herr Streitberger informiert zunächst die Ausschussmitglieder darüber, dass die Stadt Köln seit nunmehr 20 Jahren kein Geld für öffentliche Toiletten ausgegeben habe. Sie habe die Betreuung der öffentlichen Toilettenanlagen in einen Werbenutzungsvertrag eingelagert. Das Unternehmen, das den Zuschlag für Großwerbeanlagen erhalten habe, sei auch für die Betreuung der Toilettenanlagen zuständig. Der Werbenutzungsvertrag ende mit Ablauf des 31.12.2014 und soll zum 01.01.2015 neu ausgeschrieben werden.

Auf dieser Geschäftsgrundlage basiere der Ratsbeschluss für das Toilettenkonzept und sei das Bauverwaltungsamt mit der Bestandsaufnahme beauftragt worden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich um keine kommunale Aufgabe mehr gehandelt habe, habe man sich bemüht, Wege zu finden, den Ratsbeschluss umzusetzen. Er bitte daher um Verständnis für die Art der Vorlage.

An Frau Reiff gewandt erklärt Herr Streitberger, dass es sich um eine Toilette im Erdgeschoss eines Hauses handle, in dem sich in der ersten Etage eine Spielhalle befindet. Es sei äußerst bedauerlich, dass der Discounter nicht bereit sei, Kundentoiletten anzubieten. Die Stadt Köln habe genau deswegen bislang auch noch kein Grundstück verkauft. Man sei aber der Meinung, dass die angebotene mobilitätsgerechte Toilette ein ernstzunehmendes Angebot sei.

Unter einer "Behindertentoilette" sei eine "rollstuhlgerrecht zu erreichende" und "rollstuhlgerrecht zu benutzende" Toilette zu verstehen. Das bedeute jedoch nicht, dass in allen Behindertentoiletten auch alle anderen Formen von Handicaps berücksichtigt seien. So seien z. B. nicht überall taktile Leitelemente vorhanden. Dies werde sukzessive nachgebessert, werde allerdings noch einige Jahre dauern. Die Nutzung mit dem Euroschlüssel sei so gewollt, denn es gebe diesen Schlüssel für mobilitätsbehinderte Personen.

Abschließend bittet Herr Streitberger die Mitglieder des Ausschusses bei der Gestaltung des neuen Werbenutzungsvertrags um Unterstützung, um dem von ihm postulierten Ziel, halb so viel Werbung und doppelt so viel Toiletten, so nahe wie möglich zu kommen. Eine andere Möglichkeit sei es, die Betreibung der öffentlichen Toiletten nicht mehr in den Werbenutzungsvertrag aufzunehmen. Das müsse jedoch mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt finanziert und ein Unternehmen, z. B. die Abfallwirtschaftsbetriebe, beauftragt werden, öffentliche Toiletten in Köln zu betreiben.

RM Herr Brust fragt, aus welchen Mitteln die Finanzierung der Gastwirte, Stichwort "Nette Toilette", erfolgte und woher das Geld für den Umbau der Toilette am Ehrenfeldgürtel stamme.

Die Vertreterin des Bauverwaltungsamtes, Frau Willms, erwidert, der Ratsauftrag lautete, zu prüfen, welche der U-Bahn-Toiletten wieder ertüchtigt werden können, ohne allzu viel Geld auszugeben. Die ursprüngliche Überlegung war, aus den Programmen des Amtes für Wirtschaftsförderung evtl. über den 2. Arbeitsmarkt eine solche Ertüchtigung vorzunehmen. Man habe sich nach weiteren Prüfungen für die Toilette am Ehrenfeldgürtel entschieden, da diese noch mit den kleinsten Mitteln wieder zu ertüchtigen wäre. Sie schildert die umfangreichen Prüfungen, in deren Verlauf immer wieder neue technische Probleme, z. B. mit der Lüftung, aufgetaucht seien.

Das Amt für Wirtschaftsförderung habe jetzt zugesichert, die Toilette über den 2. Arbeitsmarkt zu betreiben, so dass sie evtl. im Dezember eröffnet werden könne. Die Finanzierung der "Nette Toilette" erfolge über das Marktamt. Der Wunsch der Verwaltung sei es, diese Möglichkeit zu nutzen und Gastwirte zu finden, die bereit seien, ihre Toiletten zur Verfügung zu stellen, da Toiletten zu bauen oder in irgendeiner Form zu betreiben, ungleich teurer sei. Es liege jedoch in den Händen der Politik, hier Prioritäten zu setzen. Evtl. erforderliche finanzielle Mittel müssten im Zuge der Haushaltsplanberatungen eingebracht werden.

Herr Streitberger beantwortet Fragen verschiedener Ausschussmitglieder zum Werbenutzungsvertrag.

In Köln werden 14 öffentliche Toiletten über den Werbenutzungsvertrag finanziert und von der Kölner Außenwerbung und JCDecaux ohne Beanstandung betrieben. Formal sei die Kämmerei als Beteiligungsverwaltung zuständig. Vertragspartner sei die

Stadtwerke GmbH, mit der man hinsichtlich der Vertragskündigung zum 31.12.2014 Gespräche führe. Inhalt, z. B. ob die Betreuung der öffentlichen Toiletten noch Inhalt des Werbenutzungsvertrags sein werde, und Verfahren der zukünftigen Vertragsgestaltung seien derzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Anschließend werde die Verwaltung eine Vorlage in die zuständigen Gremien geben.

Zu Kundentoiletten in Einzelhandelsgeschäften gebe es keine baurechtlichen Vorschriften, so dass die Stadt Köln dies von den Unternehmen nicht fordern könne.

Hinsichtlich des aktuellen Sachstands auf den Wochenmärkten sagt Frau Willms zu, sich bei der zuständigen Ordnungsverwaltung zu erkundigen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Streitberger und Frau Willms zur Kenntnis.

9.2 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen 2717/2011

SE Herr Resch merkt an, es gebe immer wieder Probleme, Ansprechpartner zu finden, wenn Spielgeräte kaputt seien oder etwas anderes, insbesondere auf großen Spielplätzen, auffalle. Er regt an, Schilder mit einer Kontaktnummer an diesen Spielplätzen anzubringen, damit die Menschen wissen, an wen sie sich wenden können.

Beigeordneter Herr Streitberger sagt zu, z. B. am Zaun ein entsprechendes Schild anbringen zu lassen, worauf eine Telefonnummer und evtl. eine Internetadresse stehe. Im Übrigen gebe es auch die Behördennummer 115, an die man sich in vielen Fällen wenden könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Streitberger zur Kenntnis.

9.3 Fahrstreifensignalisierungsanlage Dürener Str. 1. und 2. Bauabschnitt hier: Ergebnis Ortstermin am 09.06.2011 mit Beirat untere Landschafts- behörde und Ausschuss Umwelt und Grün 3688/2011/1

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.4 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft Passivhaus-Standards Stand Juli 2011 3156/2011

9.4.1 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft - Passiv-Standards hier: Nachfragen in der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirt- schaft am 25.08.2011 und im Gesundheitsausschusses am 04.10.2011 4432/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckten Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Ausstellung "Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stand der Dinge" im Stadthaus in Köln-Deutz
3219/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.6 Sanierung und Verbreiterung des Treppenaufgangs zur Kölner Rheinseilbahn im Rheinpark
3896/2011**

RM Frau Nesseler-Komp bittet, die Skizze neu und besser lesbar umzudrucken.

Die Verwaltung sagt dies zur nächsten Sitzung zu.

**9.7 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 29.09.2011 über den Rest der vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
4077/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.8 Wasserflächen im Kölner Stadtgebiet
4042/2011**

SE Herr Pöhler merkt an, dass sich Bürgerinnen und Bürger an die FDP-Fraktion gewandt hätten mit dem Hinweis, dass der See am Klettenbergpark ziemlich verschlammte sei. Er fragt, ob hier Reinigungsmaßnahmen geplant seien.

Herr Kaune antwortet, hierzu sei ein Gutachten in Arbeit. Wenn dieses fertig sei, werde es dem Ausschuss und der Bezirksvertretung Lindenthal vorgelegt.

RM Herr Dr. Welpmann dankt der Verwaltung für die Übersicht und bittet, mittelfristig ein ökologisches Ranking vorzunehmen, um abwägen zu können, welche Maßnahmen vorrangig getroffen werden müssen.

SB Herrn Dr. Albach interessiert in dem Zusammenhang, wo es einen direkten Zugriff zum Grundwasser gebe, wo die Sauberkeit für das Grundwasser eine Rolle spielen könne und wo der Boden zubetoniert sei.

Herr Dr. Bauer erklärt, dass die Ausweisung eines Gewässers als Naturschutzgebiet (NSG) bzw. als kein NSG schon mal ein Ranking sei. Darüber hinaus sei die Bezeichnung "Baggersee" ein Hinweis auf einen Grundwasserschluss. Ein "Altarm" sei ein Gewässer, das keinen Grundwasseranschluss besitze, sondern von einem Fließgewässer gespeist werde. Es stünden also schon einige Daten in der Mitteilung.

Weitergehende Informationen, wie z. B. über die ökologische Stabilität des Gewässers, bedürften eines enormen Aufwands und lägen nicht bei allen Gewässern vor. Wenn dies gewünscht sei, könne man dies sukzessiv anhand der Liste ergänzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune und Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

**9.9 Mitteilung zum Sachstand Bürgerantrag "Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes"
4393/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.10 Landschaftspflegerischer Fachbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 67511/02 und Vorhaben- und Erschließungsplan Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
4208/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)